

Michael Wettengel

Politische Vereine und liberal-demokratische Bewegung in der Rhein-Main-Taunus-Region im Zeitalter von Restauration und Vormärz*

1. Einleitung

Die Umbruchzeit im frühen 19. Jahrhundert nahmen schon die Zeitgenossen als grundlegende Veränderung des Organisationsprinzips der Gesellschaft wahr. Dieser Wandel von einer korporativ strukturierten, ständischen Ordnung hin zur bürgerlichen Gesellschaft wurde mit dem neuen Organisationstyp der Assoziation in Verbindung gebracht. Assoziation ist der klassischen Definition von Thomas Nipperdey zufolge ein „freier organisatorischer Zusammenschluß von Personen, [...] in ihr besteht Freiheit zum Beitritt, zum Austritt und zur Auflösung; sie ist sodann unabhängig vom rechtlichen Status der Mitglieder und verändert diesen Status auch nicht [...]; sie ist schließlich dazu begründet, selbst und frei gesetzte und in gewisser Weise spezifizierte Zwecke zu verfolgen“.¹ Dieses Assoziationsprinzip äußerte sich in einem seit dem 18. Jahrhundert sprunghaft expandierenden Vereinswesen im kulturellen, ökonomischen, sozialen und auch politischen Bereich. Französische und englische Beispiele

* Druckfassung eines Vortrags bei der Tagung „Politik und Kultur – die Rhein-Main-Taunus-Region im Vormärz 1814-1848“ in Bad Homburg am 21.4.2012.

1 Thomas Nipperdey: Verein als soziale Struktur im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Ders.: Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976, S. 174-205, hier S. 174. Dagegen sieht neuerdings Klaus Nathaus: Organisierte Geselligkeit. Deutsche und britische Vereine im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2009, S. 23 ff., 37 ff. u. 291 f. die Bedeutung des Vereinswesens für die Vergesellschaftung des Bürgertums als primär deutsches Phänomen. Zum Vereinswesen im frühen 19. Jahrhundert vgl. u. a. Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984; Dieter Hein: Soziale Konstituierungsfaktoren des Bürgertums, in: Lothar Gall (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 151-181; Stefan-Ludwig Hoffmann: Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914, Göttingen 2003.

boten das Vorbild für die deutschen Vereine, die bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine eigenständige Entwicklung nahmen.

Am Beispiel der Region zwischen Rhein, Main und Taunus lässt sich zeigen, wie dieses Vereinswesen immer mehr Lebensbereiche, weitere Bevölkerungsgruppen und soziale Schichten erfasste. Ein regionaler Ansatz bietet sich hierbei angesichts der territorialen Gemengelage in besonderem Maße an. Waren die ersten Vereine im frühen 18. Jahrhundert noch überwiegend wissenschaftlich-musischer oder aufklärerischer Art sowie auf gebildete bürgerliche und adlige Kreise in größeren Städten beschränkt, so hatte sich das Vereinswesen um die Mitte des 19. Jahrhunderts bereits bis in kleine Landstädte und Marktflecken ausgebreitet und weite Bevölkerungskreise bis hin zu unterbürgerlichen Schichten erfasst. Auch die Zielsetzungen des Vereinswesens differenzierten sich immer weiter aus und betrafen nun die unterschiedlichsten Lebensbereiche. Besonders der Vormärz war eine fruchtbare Zeit für Vereinsgründungen. „Unsere Zeit ist die Zeit der Association“,² verkündete ein Frankfurter Periodikum 1845. Im Geiste eines noch ungebrochenen Fortschrittsoptimismus schien das Vereinswesen als „Mittel der Selbstmobilisierung“³ der Gesellschaft geeignet, die vielfältigen Probleme jener Zeit zu lösen. Entsprechend enthusiastisch war das Urteil, das Carl Theodor Welcker, einer der aus der Region stammenden maßgeblichen liberalen Protagonisten seiner Zeit, 1835 im „Staatslexikon“ über die freien Assoziationen fällte: Sie seien nichts weniger als der Ausgangspunkt „aller höheren Menschlichkeit und Cultur“. Und weiter hieß es über die Vereine an derselben Stelle, sie seien „die stets frische Lebensquelle von Thätigkeit und Bildung, von Wohlstand und Kraft der Bürger und des Staats“.⁴ Erst durch die Revolution von 1848 wurde dieser Optimismus erschüttert, da das Vereinswesen als „Universalformel zur Konfliktlösung“⁵ hier versagen musste.

Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang die politischen Vereine, die die Öffentlichkeit für ihre Ziele zu gewinnen und Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen suchten. Ursächlich für die Gründung politischer Vereine in der Region war dabei die liberal-demokratische und nationale Bewegung, die in mehreren Staaten des Deutschen Bundes in

2 Frankfurter Gemeinnützige Chronik 5, H. 7, 1845, S. 53, zitiert nach Ralf Roth: Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760-1914, München 1996, S. 323.

3 Carola Lipp: Verein als politisches Handlungsmuster. Das Beispiel des württembergischen Vereinswesens von 1800 bis zur Revolution 1848-1849, in: Étienne François (Hrsg.): Geselligkeit, Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Frankreich, Deutschland und der Schweiz, 1750-1850, Paris 1986, S. 275-297, hier S. 275.

4 Carl Theodor Welcker: Association, Verein, Gesellschaft, Volksversammlung, in: Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, hrsg. von Carl von Rotteck und Carl Theodor Welcker, Bd. 2, Altona 1835, S. 21-53, hier S. 23.

5 Wolfgang Hardtwig: Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: Dann, Vereinswesen (wie Anm. 1), S. 11-54, hier S. 49.

Opposition zu den einzelstaatlichen Regierungen stand. Diese Bewegung trat in der Rhein-Main-Taunus-Region vergleichsweise früh auf und verfügte über eine aktive und starke Anhängerschaft. Nachfolgend wird zu zeigen sein, inwieweit die Vereinsstruktur die Formierung und Organisation der Opposition förderte und welche Rolle hierbei gesellige Vereine spielten. Dabei wird auch das Verhältnis zwischen Stadt und Land Berücksichtigung finden, denn in der Region bestand ein Nebeneinander von städtischen Zentren an Rhein und Main, darunter mit Frankfurt ein herausragender Mittelpunkt des politischen Geschehens, sowie von ausgeprägt ländlichen Gebieten vor allem im Taunus. Aufgrund des Umfangs des Beitrages können hier nur Grundlinien skizziert werden.

2. Die Anfänge des Vereinswesens in der Region

Die ersten Vereine wurden in den größeren Städten gegründet. In der Rhein-Main-Taunus-Region entstanden vor allem in Frankfurt schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts geschlossene Gesellschaften zum Zweck des Gedankenaustauschs, der musikalischen Unterhaltung oder der Beschäftigung mit wissenschaftlichen Sachverhalten.⁶ Auffällig war dabei von vornherein der ständeübergreifende Ansatz im Sinne einer Elitenbildung, denn es fanden sich in ihnen das gehobene städtische Bürgertum, Adlige und akademisch Gebildete zusammen. Ähnliches galt auch für die zeitgleich in Frankfurt entstehende Freimaurerloge.⁷ Auf diese Weise bildete sich ein erweiterter Kommunikationsraum für den gebildeten Diskurs heraus. Allerdings waren dies noch weitgehend geschlossene Gesellschaften, die Mitglieder in der Regel nur durch Kooptation aufnahmen.

Eine neue Stufe der Entwicklung manifestierten die im Geist der Aufklärung gegründeten Lesegesellschaften und pragmatisch-nützlichen Gesellschaften gegen Ende des 18. Jahrhunderts – zu letzteren zählte beispielsweise die 1799

6 Roth (wie Anm. 2), S. 176 f., hier das Collegium Musicum, das Collegium Frosch, die Naturwissenschaftlich-technische Gesellschaft und die Alte Gesellschaft.

7 Ebd., S. 123ff., die erste Frankfurter Loge entstand schon 1742.

gegründete Gemeinnützige Gesellschaft in Wetzlar.⁸ Diese Vereine strebten eine öffentliche Wirksamkeit an und hatten eine prinzipiell offene Mitgliedschaft. Allerdings sorgte nicht selten der Mitgliedsbeitrag für eine soziale Auslese. Vor allem die Lesegesellschaften waren weit verbreitet und entstanden oft im Zusammenhang mit Leihbüchereien in allen größeren Städten. Allein in Frankfurt gab es mehrere von ihnen, und sogar in Kleinstädten wie in Hachenburg und Usingen sind sie nachweisbar.⁹ Gegen Ende des Untersuchungszeitraums, in der Zeit unmittelbar vor und während des Jahres 1848, breiteten sich die Lesevereine auch im ländlichen Bereich der Region aus, wobei häufig Pfarrer als Initiatoren hervortraten.¹⁰ Die Lesegesellschaften boten neben einem kostengünstigeren Zugang zu den teuren Zeitungen und Publikationen auch die Möglichkeit zum Meinungsaustausch und zum Rasonnement über das Gelesene.

Es folgten die Casino- und Museumsgesellschaften, die in Frankfurt, Gießen, Wetzlar und Wiesbaden meist zu Beginn des 19. Jahrhunderts gegründet wurden, manche aus Lesegesellschaften oder in Zusammenhang damit.¹¹ Dieser neue Typ geselliger Vereine, der sich in den städtischen Zentren herausbildete, war in der Regel durch ein ausgeprägtes Interesse seiner Mitglieder für Kultur und Bildung gekennzeichnet. Die Ausrichtung und Zusammensetzung dieser Gesellschaften hingen stets eng mit der jeweiligen städtischen Sozialstruktur zusammen. In der Regel kamen in ihnen stadtbürgerliche Honoratioren

- 8 Vgl. Hans-Werner Hahn: *Altständisches Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel. Wetzlar 1689-1870*, München 1991, S. 399; Eckhart G. Franz: „Im Verein pulsiert das Leben...“. Vereinsgeschichte und Geschichtsvereine in Wetzlar, in: *Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins* 43 (2007), S. 43-55, hier S. 45. Zu den Lesegesellschaften vgl. Marlies Prüsener: *Lesegesellschaften im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Lesergeschichte*, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel – Frankfurter Ausgabe – Nr. 10 vom 4.2.1972*, S. 189-301; Otto Dann (Hrsg.): *Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein europäischer Vergleich*, München 1981; zu den patriotischen Gesellschaften Rudolf Vierhaus (Hrsg.): *Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften*, München 1980; dazu auch Richard van Dülmen: *Die Gesellschaft der Aufklärer. Zur bürgerlichen Emanzipation und aufklärerischen Kultur in Deutschland*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1996.
- 9 Roth (wie Anm. 2), S. 176 f., die erste Frankfurter Lesegesellschaft entstand um 1770, die Lesegesellschaft des Buchhändlers Eßlinger 1788. Vgl. auch Hans-Werner Hahn: *Umbruch oder Aufbruch? Die Stadt Gießen und ihre Bürger zwischen 1770 und 1830*, in: Ludwig Brake/Heinrich Brinkmann (Hrsg.): *800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997*, Gießen 1997, S. 117-149, hier S. 137 f.; Michael Wettengel: *Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum: Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989*, S. 399 f. u. 443 f.; Prüsener (wie Anm. 8), S. 275-294; Guntram Müller-Schellenberg: *Wiesbadens Pressegeschichte. Von Napoleon bis Adenauer*, Bd. 1, Taunusstein 2011, S. 3ff.; Hardtwig (wie Anm. 5), S. 13.
- 10 Vgl. Ueber *Dorfbibliotheken und Lesevereine*, in: *Landwirtschaftliches Wochenblatt für das Herzogthum Nassau*, 30, N.F. 6 (1848), S. 38 f.
- 11 So in Wiesbaden, vgl. Thomas Weichel: *Die Bürger von Wiesbaden: Von der Landstadt zur „Weltkurstadt“ (1780-1914)*, München 1997, S. 126-130; Franz Götting: *Die Geschichte der Wiesbadener Casino-Gesellschaft*, in: *150 Jahre Wiesbadener Casino-Gesellschaft*, Wiesbaden 1966, S. 5-41.

und Angehörige des Bildungsbürgertums mit höheren Beamten und Offizieren zusammen. Neben der Tendenz zur gruppenübergreifenden Verschmelzung im Sinne einer bürgerlichen Vergesellschaftung zeigte sich im Vereinswesen insgesamt ein Trend hin zur Differenzierung nach unterschiedlichen Interessen und Zwecken, wie dies bei den naturwissenschaftlichen, historischen und musischen Vereinen deutlich wurde.¹² Den nicht konfessionell gebundenen Vereinen war in der Regel die Überwindung der konfessionellen Schranken innerhalb der christlichen Religion gemeinsam.

Frauen konnten im Vormärz keine Mitgliedschaft in den hier vorgestellten Vereinen erwerben. Allerdings war beispielsweise in Frankfurt der Zutritt von Damen zu den Veranstaltungen der Casino-Gesellschaft ausdrücklich erwünscht, und dies dürfte auch bei anderen geselligen Gesellschaften der Fall gewesen sein.¹³ Generell wurden weibliche Vereine relativ früh in der Region gegründet. Bereits 1810 sind in Frankfurt die ersten Initiativen zur Gründung eines Frauenvereins zur Förderung des „weiblichen Kunstfließes“ nachweisbar, aus dem drei Jahre später im Zuge der Befreiungskriege der „Vaterländische Frauenverein“ entstand, der sich der Pflege von Verwundeten widmen wollte. Aus diesem Verein entwickelte sich später der Frankfurter Frauenverein für wohltätige Zwecke.¹⁴ Wohltätige Frauenvereine bildeten sich 1815-1817 in mehreren hessischen und nassauischen Städten sowie im preussischen Wetzlar.¹⁵ Ein karitatives Engagement in der Öffentlichkeit war für Frauen gesellschaftlich akzeptiert und daher ein klassischer Ansatzpunkt für weibliche Vereinsgründungen.¹⁶

Manche Regierungen deutscher Staaten zeigten sich aufgeschlossen für das Vereinswesen, das sie für ihre Zwecke nutzen wollten. Besonders früh ergriff die Regierung in Nassau die Initiative, wo 1820 ein Landwirtschaftlicher Verein und bereits 1812 eine „Altertumsgesellschaft für das Herzogthum Nassau und die angrenzenden Länder“ ins Leben gerufen wurden; letztere sollte wohl

12 Vgl. Hardtwig (wie Anm. 5), S. 15ff.

13 Roth (wie Anm. 2), S. 180 f.; vgl. zu Frauen im Vereinswesen des Vormärz u. a. Ulrike Weckel: Der „mächtige Geist der Assoziation“. Ein- und Ausgrenzung bei der Geselligkeit der Geschlechter im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte (AfS) 38 (1998), S. 57-77; Gisela Mettele: Bürgerliche Frauen und das Vereinswesen im Vormärz. Zum Beispiel in Köln, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung (JzLF) 5 (1993), S. 23-45.

14 Roth (wie Anm. 2), S. 187 f.

15 Vgl. Weichel (wie Anm. 11), S. 130 f., 186; Wettengel (wie Anm. 9), S. 31; Franz (wie Anm. 8), S. 45; Dirk Reder: Frauenbewegung und Nation. Politische Frauenvereine in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert (1813-1830), Köln 1998; Ute Planert: Der Mythos vom Befreiungskrieg: Frankreichs Kriege und der deutsche Süden: Alltag – Wahrnehmung – Deutung 1792-1841, Paderborn u. a. 2007, S. 489ff.; vgl. als Überblick Rita Huber-Sperl: Bürgerliche Frauenvereine in Deutschland im „langen“ 19. Jahrhundert – eine Überblicksskizze (1780-1910), in: Dies. (Hrsg.): Organisiert und engagiert. Vereinskultur bürgerlicher Frauen im 19. Jahrhundert in Westeuropa und den USA, Königstein/ Ts. 2002, S. 41-74.

16 Vgl. Mettele (wie Anm. 13), S. 29.

nicht zuletzt der staatlichen Legitimation und Integration des jungen Herzogtums dienen.¹⁷ Neben historischen und landwirtschaftlichen Vereinen wurden insbesondere auch Gewerbevereine und wohltätige Vereine von staatlicher Seite gefördert. Als vereinsfreundlich erwies sich selbst die preußische Verwaltung in Wetzlar, die nicht nur einen Landwirtschaftlichen Verein und einen Sparkassenverein initiierte, sondern auch einen Verein „gegen den Ankauf gestohlenen Holzes“.¹⁸

3. Die ersten politischen Vereine

Im Grunde hatten der freie Meinungs-austausch und die Erörterung öffentlicher Belange zwischen Mitgliedern eines Lesevereins oder einer Casinogesellschaft bereits eine politische Qualität, ebenso wie die Aktivitäten von Vereinen zur Verbesserung der sozialen Lage. Schon die demokratische Struktur der Vereine mit der formalen Gleichheit ihrer Mitglieder, gewählten Vorständen und der Entscheidungsbefugnis der Mitgliederversammlung stand in offenem Kontrast zu den sie umgebenden monarchisch regierten Staaten. Der bereits zitierte Welcker stellte daher fest, dass die politischen Vereine eigentlich „durch gar keine erkennbare Grenzlinie von den nicht politischen zu sondern“ waren.¹⁹ Trotz dieser sicherlich zutreffenden Beobachtung der dem Vereinswesen insgesamt innewohnenden Tendenz zur Partizipation an öffentlichen Angelegenheiten stellten Vereine, die offen für politische Ziele warben, dennoch einen grundlegend neuen Entwicklungsschritt dar.

Im Herzogtum Nassau und im Großherzogtum Hessen kam es bereits 1814 im Zuge der Befreiungskriege zu den ersten Gründungen dezidiert politischer Vereine, den sogenannten „Teutschen Gesellschaften“, die sich zu einer politischen Zielsetzung bekannten und eine Änderung bestehender Verhältnisse anstrebten. Sie entstanden vor dem Hintergrund des Bündniswechsels der Regierungen Hessen-Darmstadts und Nassaus, die sich nach der Völkerschlacht

17 Vgl. Wolf-Heino Struck: Gründung und Entwicklung des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, in: Nassauische Annalen 84 (1973), S. 98-144; Fritz Geisthardt: Idsteins Geschichte, Idstein 1979, S. 109ff.; Otto Renkhoff: Die Geschichte des Hofes Gassenbach mit einer Darstellung der landwirtschaftlichen Reformen in Nassau, in: Nassauische Annalen 57 (1937), S. 230-293; Hans-Joachim Häbel: Land- und Forstwirtschaft, in: Herzogtum Nassau 1806-1866. Politik – Wirtschaft – Kultur, Wiesbaden 1981, S. 173-185, hier S. 177.

18 Vgl. Hahn (wie Anm. 8), S. 400. Zum Landwirtschaftlichen Verein und zum Gewerbeverein im Großherzogtum Hessen vgl. Peter Fleck: Agrarreformen in Hessen-Darmstadt. Agrarverfassung, Reformdiskussion und Grundlastenablösung (1770-1860), Darmstadt u. a. 1982, S. 317 f.; ders.: „Darmstädter Realismus“ im Vormärz: Realschulwesen, Berufsbildungsfrage und höhere technische Bildung im Großherzogtum Hessen, Darmstadt u. a. 1999, S. 121ff. u. 134ff.

19 Welcker (wie Anm. 4), S. 42.

von Leipzig quasi in letzter Minute im November 1813 dem siegreichen antinapoleonischen Bündnis anschlossen. Die Aushebung von nassauischen und hessischen Soldaten gegen Napoleon trug Züge einer Volksbewaffnung und löste in Teilen des gebildeten Bürgertums der Region eine nationale Begeisterung aus.²⁰ Diese bildete die Grundlage für die hier im Vergleich mit anderen Teilen Deutschlands sehr frühe Konstituierung politischer Vereine.

Die Deutschen Gesellschaften beruhten vor allem auf dem antinapoleonischen und nationalistischen Gedankengut eines Ernst Moritz Arndt, der zu dieser Zeit als Mitarbeiter des Freiherrn vom Stein in Frankfurt tätig war. Schon im Frühjahr 1814 formulierte Arndt seine Pläne für Deutsche Gesellschaften zur Förderung der nationalen Einigung.²¹ Die erste dieser Gesellschaften wurde im nassauischen Idstein gegründet. Ihre Statuten wurden am 24. August 1814 beschlossen, doch bestand der Verein bereits vorher.²² Seine Mitglieder bekannten sich dazu, „wahre Deutsche zu sein bis in den Tod [und] die der deutschen Nation eigenen Tugenden Edelmut, Treue, Tapferkeit, Frömmigkeit“ zu beleben und zu verbreiten.²³ Ähnliche Gesellschaften bildeten sich schon bald danach in Langenschwalbach und Wiesbaden sowie auf hessischer Seite in Butzbach, Darmstadt und Gießen, wo Studenten eine „Teutsche Lesegesellschaft zur Erreichung vaterländischer Zwecke“ errichteten. Darüber hinaus gab es zahlreiche Kontaktpersonen in anderen Städten in der Rhein-

- 20 Winfried Schüler: *Das Herzogtum Nassau 1806-1866*, Wiesbaden 2006, S. 52; Eckhart G. Franz/Fritz Kallenberg/Peter Fleck (Bearb.): *Großherzogtum und Volksstaat Hessen 1806-1945*, in: *Handbuch der hessischen Geschichte*, Bd. 4: *Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich. (1806) 1815 bis 1945*, 2. Tlbd., Marburg 2003, S. 733ff.; Peter Wacker: *Das herzoglich-nassauische Militär 1813-1866. Militärgeschichte im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und sozialen Verhältnissen eines deutschen Kleinstaates*, Taunusstein 1998, S. 26ff. u. 41ff., durch das Edikt vom 4./5.12.1813 wurde der nassauische Landsturm aufgeboten, vgl. ebd. S. 49-57. Zu den Deutschen Vereinen: Karin Luys: *Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung von 1815 bis 1819*, Münster 1992; Friedrich Meinecke: *Die deutschen Gesellschaften und der Hoffmannsche Bund. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Deutschland im Zeitalter der Befreiungskriege*, Stuttgart 1891; zu den regionalen Differenzierungen und der Problematik der Bezeichnung „Befreiungskrieg“ neuerdings Planert (wie Anm. 15), S. 482ff. u. 487ff.
- 21 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 735; Luys (wie Anm. 20), S. 29ff.
- 22 Vgl. Kurt Richter: *Ludwig Snells politische Wirksamkeit in den Jahren 1812-1827*, in: *Nassauische Annalen* 53 (1933), S. 85-128, hier S. 97 f.
- 23 Statuten der Deutschen Gesellschaft in Idstein, zitiert nach Schüler (wie Anm. 20), S. 54; vgl. auch Geisthardt (wie Anm. 17), S. 114; Weichel (wie Anm. 11), S. 93 f. Zu den aus den Erfahrungen kriegerischer Gewalt hervorgegangenen nationalen Legitimationsmustern vgl. Jörn Leonhard: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750-1914*, München 2008.

Main-Taunus-Region.²⁴ Am 18. Oktober 1814 begingen die Deutschen Gesellschaften zum Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig ein Nationalfest mit großen Freudenfeuern im Taunus, Westerwald, in der Wetterau und Rheinhessen.²⁵

Zu den Initiatoren der Deutschen Gesellschaften zählten neben den Brüdern Carl Theodor und Friedrich Gottlieb Welcker, beide zu dieser Zeit Professoren in Gießen, der Solmsische Justizrat Carl Hoffmann in Rödelheim, der Konrektor der Lateinschule in Butzbach Friedrich Ludwig Weidig sowie die Brüder Wilhelm und Ludwig Snell aus Nassau, Hofgerichtsadvokat der eine und Prorektor am Idsteiner Gymnasium der andere. Alle Genannten spielten später noch eine herausragende Rolle in der politischen Opposition.²⁶ Die Mitglieder der Deutschen Gesellschaften waren in der Mehrzahl Pfarrer, Advokaten, Lehrer, Ärzte, Studenten und meist jüngere Beamte, daneben aber auch Angehörige städtischer Berufe, wie dies beispielsweise für Wiesbaden und Darmstadt nachgewiesen werden kann.²⁷ Die interne Struktur der Deutschen Gesellschaften war straff: Die Verwendung französischer Begriffe durch Mit-

- 24 Vgl. Richter (wie Anm. 22); Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 736; Paul Krüger: „Hochverräterische Unternehmungen“ in Studentenschaft und Bürgertum des Vormärz in Oberhessen (bis 1838), in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N.F. 49/50 (1965), S. 73-136, hier S. 78 f.; Wolf-Heino Struck: Das Streben nach bürgerlicher Freiheit und nationaler Einheit aus der Sicht des Herzogtums Nassau, in: Nassauische Annalen 77 (1966), S. 142-216, hier S. 152 f.; Wettengel (wie Anm. 9), S. 29; Erich Zimmermann: Für Freiheit und Recht! Der Kampf der Darmstädter Demokraten im Vormärz (1815-1848), Darmstadt 1987, S. 17ff.; Herman Haupt: Wilhelm Snell und sein Deutscher (sog. Hoffmannscher) Bund von 1814-1815 und dessen Einwirkung auf die Urburschenschaft, in: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung, hrsg. von Hermann Haupt u. Paul Wentzcke, Bd. 13, Heidelberg 1932, S. 133-208; Luys (wie Anm. 20), S. 43ff.
- 25 Vgl. u. a. Dieter Düding: Das deutsche Nationalfest von 1814: Matrix deutscher Nationalfeste im 19. Jahrhundert, in: Ders./Peter Friedemann/Paul Münch (Hrsg.): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Reinbek 1988, S. 67-88.
- 26 Vgl. Wolfgang Klötzer: Hoffmann, Karl, in: NDB 9 (1972), S. 431; Richter (wie Anm. 22); Stefan G. Schmid: Snell, Wilhelm, in: NDB 24 (2010), S. 516-518; ders.: Snell, Ludwig, in: NDB 24 (2010), S. 515-516; Helma Brunnck: Die Brüder Ludwig und Wilhelm Snell und die Verfassungsdiskussion im Herzogtum Nassau, in: Fürstenhof und Gelehrtenrepublik, Wiesbaden/ Eltville 1996, S. 72-83; Rainer Schöttle: Politische Theorien des süddeutschen Liberalismus im Vormärz: Studien zu Rotteck, Welcker, Pfizer, Murhard, Baden-Baden 1994; Karl Mihm: Alexander Friedrich Ludwig Weidig. Ein Beitrag zur Geschichte des vormärzlichen Liberalismus, in: Archiv für Hessische Geschichte und Altertumskunde, N.F. 15 (1928), S. 348-384 u. 574-608; Harald Braun: Das politische und turnerische Wirken von Friedrich Ludwig Weidig. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bestrebungen im deutschen Vormärz, St. Augustin 1983; Dieter Wolf/ Annette Reiter (Red.): Friedrich Ludwig Weidig, 1791-1837: Neue Beiträge zur 200. Wiederkehr seines Geburtstages, Butzbach 1991; Hans-Joachim Müller (Hrsg.): Friedrich Ludwig Weidig. Gesammelte Schriften, Darmstadt 1987.
- 27 Vgl. Weichel (wie Anm. 11), S. 94. In Darmstadt scheint ein Ableger der Gießener Verbindung bestanden zu haben, vgl. Zimmermann (wie Anm. 24), S. 17ff.

glieder wurde rigide sanktioniert, und vier „Rüger“ kontrollierten die öffentlichen Stellungnahmen von Mitgliedern in Wort und Schrift.²⁸ Zunehmend wurden aus diesen Kreisen auch liberale und demokratische Forderungen nach politischer Teilhabe der Bevölkerung erhoben. War der Gegner bis 1815 noch vorwiegend das napoleonische Herrschaftssystem, so richtete sich die Nationalbewegung zunehmend auch gegen die deutschen Fürsten, die in den Augen der Opposition dem deutschen Volk seine Selbstbestimmungsrechte vorenthielten.²⁹ Auch die in Artikel 13 der Bundesakte versprochenen landständischen Verfassungen³⁰ erfüllten, soweit sie überhaupt eingeführt wurden, deren Erwartungen meist nicht.

In Gießen zählte der Student Carl Follen zu den Wortführern der dortigen Teutschen Lesegesellschaft, aus der 1815 die Studentenverbindung Germania hervorging, die auch Germanenbund genannt wurde. Wegen ihrer dunklen Kleidung, die auf Anregungen Arnchts zurückging und der Uniform des Lützowschen Freikorps angelehnt war, wurden diese national gesonnenen Studenten als „Schwarze“ bezeichnet. Im studentischen Milieu Gießens entstand somit ein politischer Verein im Zusammenhang mit frühburschenschaftlichen Organisationsbildungen.³¹ In einem Prozess der zunehmenden Radikalisierung rechtfertigte Follen zur Durchsetzung der Volksfreiheit schließlich auch Gewalt und Tyrannenmord.³² Diese radikalen Tendenzen bei einem Teil der akademischen Jugend boten später die Rechtfertigung für ein massives staatliches Vorgehen gegen studentische Verbindungen. Schon im August 1818 bemerkte das hessische Staatsministerium, es sei nicht zu dulden, wenn Studenten „sich so weit vergäßen, sich tätig und auffordernd in öffentliche Angelegenheiten zu mischen, zu deren Beurteilung ihnen die Reife des Verstandes gänzlich ermangele“.³³

Etwa gleichzeitig wurde im Rhein-Main-Taunus-Gebiet auch die Turnbewegung begründet. Angeregt durch Friedrich Ludwig Jahn, für den das Turnen

28 Vgl. Hans Wißkirchen: Die Butzbacher Deutsche Gesellschaft und ihre Beeinflussung durch Ernst Moritz Arndt, in: Burghard Dedner (Hrsg.): Das Wartburgfest und die oppositionelle Bewegung in Hessen, Marburg 1994, S. 161-181, hier S. 162 f.

29 Vgl. ebd., S. 176 f.

30 Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, Stuttgart, ³1978, S. 88.

31 Vgl. Luys (wie Anm. 20), S. 123ff. u. 131ff.; Wolfgang Hardtwig: Studentische Mentalität – politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift (HZ) 242 (1986), S. 581-628, hier S. 590; Hans-Walther Roth: Studentische Opposition in Oberhessen zwischen 1800 und 1850, in: Einst und jetzt 17 (1972), S. 7-16.

32 Vgl. Krüger (wie Anm. 24), S. 79ff.; Luys (wie Anm. 20), S. 141; Herman Haupt: Karl Follen und die Gießener Schwarzen, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N.F. 15 (1907), S. 1-156; Frank Mehring: Karl/Charles Follen: Deutsch-Amerikanischer Freiheitskämpfer, Gießen 2004; Ernst Rose: Follen, Karl, in: NDB 5 (1961), S. 286 f.

33 Zitiert nach Zimmermann (wie Anm. 24), S. 29.

nicht nur Körperertüchtigung, sondern auch eine eminent politische Betätigung im Sinne einer nationalen Wehrhaftmachung für den Kampf gegen Frankreich war, erfasste die Bewegung reformerisch orientierte und national gesonnene Pädagogen, Studenten und Schüler. Die meist jugendlichen Turner stellten eine Art früher Jugendbewegung dar, die mit den politischen Vorstellungen und den gesellschaftlichen Verhaltensnormen ihrer Zeit brach. Dies wurde auch in Kleidung und Umgang deutlich, die auf eine Überwindung von Standesgrenzen abzielten: Turner trugen einheitlich graue Leinenkleidung und sprachen sich mit dem brüderlichen „Du“ an. Schon 1814 richtete Friedrich Ludwig Weidig auf dem Schrenzer bei Butzbach den ersten hessischen Turnplatz ein, auf dem Turn- und Exerzierübungen stattfanden.³⁴ Außer in Butzbach entstanden in Gießen, Darmstadt und Hanau Turngemeinden, und auch in Frankfurt, wo „Turnvater“ Jahn 1815 zu Besuch weilte, wurden auf seine Initiative hin öffentliche Turnübungen abgehalten.³⁵ Während in den frühen Turnvereinen zunächst in paternalistischer Manier meist ältere, aus Honorationen bestehende Turnräte bestimmenden Einfluss ausübten, setzte sich schon 1818 im kurhessischen Hanau die freie Wahl der Turnwarte und Vorturner durch.³⁶ Eine gesellschaftliche Dynamik war entfesselt worden, die auch die innere Struktur des Vereinswesens ergriff. Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich eine Vielzahl von politischen Organisationsbestrebungen, die die Regierungen beunruhigten.

Als erster Staat verbot das Herzogtum Nassau die Deutschen Gesellschaften schon im Februar 1815. Der Herzog hatte sein Missfallen über deren Bestrebungen mit der klassischen Formulierung bekundet, es „ist eine ebenso unvernünftige als gesetzwidrige Idee, wenn Privatpersonen glauben mögen, berufen oder ermächtigt zu sein, einzeln oder auch in Verbindung mit andern selbständig oder unmittelbar jetzt als künftig zu den großen Nationalangelegenheiten Deutschlands mitzuwirken“.³⁷ Der unmittelbare Auslöser für die Maßnahme waren vermutlich die Agitationsreisen von Justizrat Hoffmann, die

34 Vgl. Braun, Weidig (wie Anm. 26), S. 31.

35 Vgl. Dieter Düding: Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808-1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984, S. 59-70; Roth (wie Anm. 2), S. 413; Dieter Langewiesche: „...für Volk und Vaterland kräftig zu wirken...“ Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871, in: Ommo Gruppe (Hrsg.): Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel, Tübingen 1990, S. 22-61; Jörg Schweigard: Politische Turnvereine in Deutschland 1817-1849, in: Helmut Reinalter (Hrsg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815-1848/49, Frankfurt a. M. 2005, S. 51-87; zu den badischen Turnvereinen vgl. Lothar Wieser: Die „künftige Armee der radikalen Parthei“? – Badische Turner in Vormärz und Revolution von 1848/49, in: Martin Furtwängler/Christiane Pfanz-Sponagel/Martin Ehlers (Hrsg.): Nicht nur Sieg und Niederlage. Sport im deutschen Südwesten im 19. und 20. Jahrhundert, Ostfildern 2011, S. 123-154.

36 Vgl. Düding (wie Anm. 35), S. 68.

37 Meinecke (wie Anm. 20), S. 30; Struck, Streben (wie Anm. 24), S. 152.

bei der nassauischen Regierung Befürchtungen hervorriefen. Da ein solches Verbot offenbar schon erwartet worden war, hatten die Initiatoren der Deutschen Gesellschaften zeitgleich mit den Vereinen auch einen geheimen Bund gegründet. Dieser sogenannte Hoffmannsche Bund löste sich jedoch schon 1815 wieder auf, da der außenpolitische Kurswechsel Preußens und die Gründung der Heiligen Allianz die Pläne einer nationalen Einigungsbewegung unter preußischer Führung obsolet werden ließen.³⁸

Als am 18. Oktober 1817 unter reger Beteiligung hessischer Studenten auf der Wartburg ein sogenanntes Nationalfest stattfand, zu dem die Jenaer Burschenschaft eingeladen hatte, alarmierte dies die Obrigkeit. Neben Bücheratrappen angeblich reaktionärer Autoren wurden auch Uniformteile und andere Gegenstände symbolisch verbrannt.³⁹ In dieser angespannten Lage wirkten die Ermordung des Schriftstellers und russischen Generalkonsuls August von Kotzebue in Mannheim am 23. März 1819 durch den Studenten Carl Ludwig Sand und der gescheiterte Anschlag des Apothekers Carl Löning auf den nassauischen Regierungspräsidenten Carl Ibell am 1. Juli wie ein Fanal. Sand war Burschenschafter und Turner und besaß enge Verbindungen zu Carl Follen; Löning hingegen hatte der Deutschen Gesellschaft in Idstein angehört. Nicht nur in nassauischen und hessischen Regierungskreisen breitete sich Revolutionsfurcht aus. Der österreichische Staatskanzler Fürst von Metternich nutzte diese Stimmung bei den Karlsbader Ministerialkonferenzen vom August 1819, die zu den Karlsbader Beschlüssen führten. Am 20. September 1819 wurden diese von der Deutschen Bundesversammlung bestätigt. Sie hatten eine umfassende Bekämpfung liberaler und nationaler Bestrebungen zur Folge, so unter anderem die disziplinarische und strafrechtliche Verfolgung sogenannter Demagogen, die Auflösung der Burschenschaften und Überwachung der Universitäten, die Zensur der Presse, die Schließung der Turnplätze, das Verbot

38 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 736; Philipp Menger: Die Heilige Allianz – „La garantie religieuse du nouveau système Européen“, in: Wolfram Pyta (Hrsg.): Das europäische Mächtekoncert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, Stuttgart 2009, S. 209-236; Werner Näf: Zur Geschichte der Heiligen Allianz, Bern 1928; Wolfram Pyta: Idee und Wirklichkeit der „Heiligen Allianz“, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Neue Wege der Ideengeschichte. Festschrift für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag, Paderborn 1996, S. 315-345.

39 Vgl. u.a. Klaus Malettke (Hrsg.): 175 Jahre Wartburgfest. 18. Oktober 1817 – 18. Oktober 1992, Heidelberg 1992; Peter Brandt: Das studentische Wartburgfest vom 18./19. Oktober 1817, in: Düding u. a. (Hrsg.): Öffentliche Festkultur (wie Anm. 25), S. 89-112; Helmut Asmus: Das Wartburgfest. Studentische Reformbewegungen 1770-1819, Magdeburg 1995.

von Turnvereinen sowie die Einsetzung einer Zentraluntersuchungskommission in Mainz.⁴⁰

4. Von den Karlsbader Beschlüssen zu den Bundesbeschlüssen von 1832 und ihren Folgen

Im Großherzogtum Hessen wurden als Folge der Karlsbader Beschlüsse politische Gesellschaften, Burschenschaften und Turnvereine verboten. Davon betroffen war hier insbesondere auch die hessen-darmstädtische Verfassungsbewegung, die sich 1818/19 für eine auf „echte Volksvertretung gegründete landständische Verfassung“ einsetzte, die auf dem „Wege des Vertrages festgesetzt werden möge“.⁴¹ Dennoch ist es bemerkenswert, dass der am 17. Dezember 1820 erlassenen Verfassung für das Großherzogtum Hessen eine in ihrer Breite beeindruckende Volksbewegung vorausging: Allein in Oberhessen hatte die Verfassungsbewegung durch Protestversammlungen in Gießen am 17. Juli 1818 sowie in Grünberg am 23. August und 20. Dezember 1818 großen Rückhalt in der Bevölkerung erhalten.⁴²

Da öffentliche Parteinahmen für liberale und nationale Ziele unterdrückt wurden, bekundete die politische Opposition in den deutschen Ländern ihre Sympathien für die Bestrebungen zur Selbstbestimmung anderer Nationen. Auf diese Weise konnten vergleichbare politische Zielsetzungen im eigenen Land propagiert werden, ohne dass dies offen ausgesprochen werden musste. Den Anfang machte die sogenannte Philhellenenbewegung, die zugunsten des griechischen Unabhängigkeitskampfes seit 1821 Geld sammelte. Unterstützungsvereine bildeten sich in Oberhessen beispielsweise in Gießen und Butzbach, darüber hinaus wurde an vielen Orten Geld gesammelt.⁴³ Aus dem Gebiet des heutigen Hessen meldeten sich 39 Freiwillige, um an den Kämpfen der griechischen Freiheitsbewegung gegen die osmanische Herrschaft aktiv teil-

40 Vgl. Huber (wie Anm. 30), S. 100ff. Dazu u. a. Edgar Liebmann: Der Deutsche Bund, in: Werner Daum u. a. (Hrsg.), Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 2: 1815-1847, Bonn 2012, S. 783-822; Jürgen Müller: Der Deutsche Bund 1815-1866, München 2006, S. 8 f.

41 Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 748-750; vgl. ferner Siegfried Büttner: Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das du Thilsche System, Darmstadt 1969, S. 246; Zimmermann (wie Anm. 24), S. 271-274.

42 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 750 f.; solche Versammlungen fanden auch an anderen Orten des Großherzogtums Hessen statt, vor allem in den standesherrlichen Gebieten.

43 Vgl. Christoph Hauser: Anfänge bürgerlicher Organisation: Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990, S. 29ff. u. 34 f.; dazu zuletzt auch Anne-Rose Meyer (Hrsg.): Vormärz und Philhellenismus, in: Jahrbuch Forum Vormärz Forschung 18 (2012).

zunehmen, darunter der Wiesbadener Republikaner Georg Böhning und der ehemalige Darmstädter Schwarze Carl Kahl, der 1825 bei Nauplia im Kampf fiel.⁴⁴

Noch stärker war die Anteilnahme für den Unabhängigkeitskampf der Polen gegen das zaristische Russland seit November 1830. Vor allem nach der Niederschlagung des Aufstandes 1831 erhob sich eine Welle der Hilfsbereitschaft. Um die Verpflegung und Versorgung der polnischen Soldaten zu organisieren, die durch Deutschland in die französische Emigration zogen, wurden Vereine gegründet, die über die karitativen Zwecke hinaus als Manifestationen der eigenen nationalen Ziele dienten. Die Vereine waren meist informelle Gründungen ohne besondere Satzung. Wie bei der Philhellenenbewegung so traten auch bei der Unterstützung der polnischen Flüchtlinge wieder führende Liberale und Demokraten als Initiatoren hervor. Bemerkenswert war neben der weiten Verbreitung der Vereine vor allem die Beteiligung von Frauen. Ein Beispiel aus der Rhein-Main-Taunus-Region war der „Wetterauer Frauenverein für gastliche Pflege polnischer Patrioten“, der Filialen in Gießen, Friedberg, Butzbach und Nauheim hatte. In allen genannten Orten gab es zudem Polenvereine für männliche Mitglieder, dazu noch in Homburg, Frankfurt, Hofheim und Wiesbaden.⁴⁵ Allein in Gießen wurden im Januar 1832 ungefähr 400 polnische

44 Zu Georg Böhning (1788-1849) vgl. Wacker (wie Anm. 20), S. 563 f.; zu Jakob Carl Kahl (1797-1825) vgl. Wilhelm Barth/Max Kehrig-Korn: Die Philhellenenzeit: Von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Ermordung Kapodistrias' am 9. Oktober 1831, München 1960, S. 149.

45 Vgl. u. a. Georg W. Strobel: Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands, in: Peter Ehlen (Hrsg.): Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1983, S. 31-47; Jan Kosim: Zur Geschichte der Vereine zur Unterstützung der Polen in Deutschland unter Berücksichtigung der Bayerischen Pfalz und der Landgrafschaft Hessen-Homburg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 4 (1978), S. 313-355, hier S. 328 u. 353; Christian Waas: Die Chroniken von Friedberg in der Wetterau, Friedberg 1963, S. 43; Jan Kosim: Der polnische Aufstand von 1830 im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 35 (1986), S. 29-41; Helmut Asmus: Die Polenvereine 1830-1833, in: Reinalter (wie Anm. 35), S. 183-197; Wolf-Heino Struck: Vormärz im Herzogtum Nassau und Hambacher Fest, in: Alois Gerlich (Hrsg.): Hambach 1832. Anstöße und Folgen, Wiesbaden 1984, S. 131-163, hier S. 140; Eberhard Kolb: Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: Saeculum 26 (1975), S. 111-127; Wolfgang Michalka/Erardo C. Rautenberg/Konrad Vanja (Hrsg.): Polenbegeisterung. Ein Beitrag im Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006 zur Wanderausstellung „Frühling im Herbst. Vom polnischen November zum deutschen Mai. Das Europa der Nationen 1830-1832“, Berlin 2005; Joachim Kermann: Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Hambacher Festes, Speyer 1981; Gabriela Brudzyńska-Němec: Polenvereine in Baden. Hilfeleistung süddeutscher Liberaler für die polnischen Freiheitskämpfer 1831-1832, Heidelberg 2006; Joachim Kermann/Gerhard Nestler/Dieter Schiffmann (Hrsg.): Freiheit, Einheit und Europa. Das Hambacher Fest von 1832. Ursachen, Ziele, Wirkungen, Ludwigshafen 2006.

Flüchtlinge versorgt.⁴⁶ Im Herzogtum Nassau wurde die Sammeltätigkeit des Wiesbadener Polenvereins bereits im April und Mai 1832 verboten.⁴⁷

Inzwischen trat die Opposition vielerorts erneut offen hervor. Im Gefolge der Julirevolution von 1830 in Paris hatte auch in den deutschen Staaten die Hoffnung auf einen politischen Wandel Auftrieb erhalten. In Kurhessen war die liberale Verfassungsbewegung erfolgreich: Angesichts von Unruhen in der Hauptstadt Kassel hatte Kurfürst Wilhelm II. am 15. September 1830 die Einberufung eines konstituierenden Landtags und wenige Tage später die Gewährung einer Verfassung zugesagt.⁴⁸ Auch im Großherzogtum Hessen rurmorte es: Als einer der wichtigsten Wortführer der oberhessischen Demokraten organisierte der Konrektor und spätere Pfarrer Friedrich Ludwig Weidig am 17. Dezember 1831 in Butzbach ein „Konstitutionsfest“ unter breiter Beteiligung der Bürgerschaft, und am 19. Februar 1832 wurde in Gießen beim sogenannten „Fest der Freunde Hessischer Eintracht“ eine Zusammenarbeit zwischen Liberalen in den hessischen Staaten gefordert.⁴⁹

Wenig erfreut waren Liberale und Demokraten dagegen über die gewaltsamen Proteste der oberhessischen Landbevölkerung im September 1830, die sich vor allem gegen die Abgabenbelastung und gegen die Zollgrenzen richteten. Nicht zuletzt aufgrund der Befürchtung, diese könnten von der Regierung als Vorwand für die Unterdrückung der politischen Opposition genutzt werden, bezogen führende hessen-darmstädtische Liberale gegen die protestierenden Bauern öffentlich Stellung.⁵⁰

Das Nationalfest in Hambach am 27. Mai 1832, an dem auch Delegationen aus Oberhessen teilnahmen, führte zu Nachfolgefesten, so am 22. Juni 1832 in Wilhelmsbad bei Hanau, wo zur Steuerverweigerung aufgerufen wurde, um die verfassungsmäßigen Rechte einzufordern und zu verteidigen.⁵¹ Die Initiatoren des Hambacher Festes, Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth, hatten bereits im Januar 1832 im pfälzischen Zweibrücken den Deutschen Vaterlandsverein zur Unterstützung der freien Presse gegründet, der in den hessischen Staaten zahlreiche Anhänger fand. Er repräsentierte einen

46 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 788.

47 Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA) Wiesbaden 246/151; Weichel (wie Anm. 11), S. 150 f.

48 Vgl. Ewald Grothe: Verfassungsgebung und Verfassungskonflikt. Das Kurfürstentum Hessen in der ersten Ära Hassenpflug 1830-1837, Berlin 1996.

49 Vgl. Zimmermann (wie Anm. 24), S. 106; Franz/ Kallenberg/ Fleck (wie Anm. 20), S. 786-788.

50 Vgl. Franz/Kallenberg/Fleck (wie Anm. 20), S. 784-786; Christoph Crößmann: Die Unruhen in Oberhessen im Herbst 1830, Darmstadt 1929; Manfred Köhler: Im Feuer der sozialen Republik. Lebensbild des demokratischen Achtundvierzigers Christian Heldmann (1808-1866), Darmstadt 1998, S. 110-114.

51 Vgl. Eckhart G. Franz: Nachhall Hambachs in Kurhessen. Die Volksfeste von Bergen und Wilhelmsbad, in: Ders.: Aus Hessens Geschichte. Aufsätze, Festschrift zum 75. Geburtstag, Darmstadt 2007, S. 273-283; Grothe (wie Anm. 48), S. 209-212.

„relativ weit entwickelten Prototyp einer Parteiorganisation“,⁵² der auch Angehörige klein- und unterbürgerlicher Schichten für sich gewann und bestrebt war, sich auf alle deutschen Staaten auszudehnen. Bald bildeten sich Zweigvereine des Pressvereins, die die oppositionelle Presse und ihre Redakteure unterstützten und für die Verbreitung politischer Bildung sorgten. Im April 1832 unterschrieben mehr als 230 Frankfurter Bürger eine Petition für die Wiederherstellung der Pressefreiheit, wobei die Unterzeichnenden aus fast allen Gruppen des städtischen Bürgertums kamen.⁵³ Außer in Frankfurt wurde unter dem Einfluss Weidigs auch in Butzbach ein Verein gebildet, dem 170 Gründungsmitglieder angehört haben sollen.⁵⁴ Mit dem Pressverein wurden die Verbindungen von Liberalen und Demokraten im Süden und Westen des Deutschen Bundes gefestigt, und vor allem im Rhein-Main- und Rhein-Neckar-Raum entstand ein dichtes Kommunikationsnetz.

Die liberal-demokratische Opposition bildete jedoch keine Einheit: Sie reichte von gemäßigten Konstitutionellen, die mit der Gewährung liberaler Zugeständnisse und der tatsächlichen Umsetzung der in den Landesverfassungen garantierten Rechte zufrieden gewesen wären, bis hin zu entschiedenen Republikanern, die einen Umsturz der politischen Verhältnisse und die Einführung einer deutschen Republik anstrebten. Viele gemäßigte Liberale missbilligten beispielsweise das Hambacher Fest und hielten die dort erhobenen Forderungen für zu radikal, während ihnen selbst wiederum mangelnde Entschiedenheit vorgeworfen wurde.⁵⁵ Dass die unterschiedlichen Flügel der Opposition dennoch zusammenhielten, war einerseits das Verdienst liberaler Integrationspersönlichkeiten wie des badischen Oppositionspolitikers Johann Adam von Itzstein, andererseits aber eine Folge des Drucks der Regierungen und der restriktiven Beschneidung verfassungsmäßig zugestandener Rechte. Die große Härte, mit der beispielsweise die nassauische Regierung im Domänenstreit gegen den gemäßigt liberalen Kammerpräsidenten Georg Herber vorging, sorgte in weiten Teilen des nassauischen Bürgertums für Empörung.⁵⁶

Bald nach dem Hambacher Fest beschloss der Bundestag neue, noch umfassendere Maßnahmen zur Unterdrückung der Opposition. Der österreichische Staatskanzler Clemens Fürst von Metternich erklärte „die richtige Auffassung des aller Orten lebendigen Vereinswesens [...] zu den wichtigsten

52 Cornelia Foerster: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982, S. 181.

53 Vgl. Roth (wie Anm. 2), S. 374ff.

54 Vgl. Krüger (wie Anm. 24), S. 98.

55 Vgl. Struck, Vormärz (wie Anm. 45), S. 153 f.; Büttner (wie Anm. 41), S. 178 f.

56 Vgl. Wolf-Heino Struck: Vom Kampf um den Verfassungsstaat. Der politische Prozeß gegen den nassauischen Volkskammerpräsidenten Georg Herber 1831/33, in: Nassauische Annalen 79 (1968), S. 182-244.

und zugleich dringendsten Aufgaben des Tages“.⁵⁷ Für Metternich untergruben die meisten Vereine das monarchische Regierungssystem: „Man fasse die wie Unkraut hervorschießenden Vereine in's Auge und [...] man wird sich ohne Mühe überzeugen, daß ihre Zwecke meist dem Leben der Staatsgesellschaft feindlich entgegenstehen und daß sie von nützlichen Verbindungen nur die Form tragen.“⁵⁸ Metternich forderte daher ein strenges Konzessionssystem des Staates für Vereine: „Deren Grundidee und die zu deren Beförderung in Aussicht gestellten Mittel und Wege müssen der obersten Behörde sonach, bevor der Verein in's Leben tritt, zur Kenntniß gebracht werden, und nur in Folge der Bewilligung der Regierung dürfen Vereine in's wirkliche Leben treten.“⁵⁹

Mit den Bundesbeschlüssen vom 28. Juni und vom 5. Juli 1832 wurden unter anderem alle politischen Vereine und Versammlungen sowie das Tragen von Abzeichen verboten.⁶⁰ Auch Vereine, die nicht offen politisch auftraten, wie das von liberalen Juristen in Frankfurt gegründete Mittwochskolleg, wurden aufgelöst.⁶¹ Angesichts der erneuten Unterdrückungsmaßnahmen setzte die Opposition ihre Aktivitäten im Geheimen fort. So wurde beispielsweise in nichtöffentlichen Versammlungen in Frankfurt am 22. Juli und 10. September 1832 die Fortsetzung der Arbeit des Pressvereins unter den neuen, erschwerten Bedingungen besprochen.⁶² Es bildeten sich gerade in Oberhessen geheime Verbindungen, deren Ziele angesichts des behördlichen Drucks immer radikaler wurden. Die Verschwörungen mündeten schließlich in den Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833, der allerdings niedergeschlagen wurde und in einem Fiasko endete. Trotz verstärkter Verfolgungen hielt die Opposition in Oberhessen unter der Führung von Weidig zusammen. Georg Büchner gründete im März 1834 zunächst in Gießen eine geheime Gesellschaft der Menschenrechte, und am 3. Juli 1834 fand auf der Badenburg bei Gießen eine Versammlung statt, bei der sich Oppositionelle aus Marburg und Gießen auf

57 Klemens Wenzel Fürst von Metternich: Über das Vereinswesen, in: Fürst Richard Metternich-Winneburg (Hrsg.): Aus Metternich's nachgelassenen Papieren Bd. 7 (5. Bd. des 2. Teils), Wien 1883, S. 137-140, bes. S. 137. Zur Biografie Metternichs vgl. Wolfram Siemann: Metternich. Staatsmann zwischen Restauration und Moderne, München 2010.

58 Fürst von Metternich (wie Anm. 57), S. 138.

59 Ebd., S. 139.

60 Huber (wie Anm. 30), S. 132-135. Vgl. Liebmann (wie Anm. 40).

61 Vgl. Roth (wie Anm. 2), S. 377 f.

62 Vgl. Braun, Weidig (wie Anm. 26), S. 64 f.

gemeinsame politische Ziele einigten.⁶³ Die Versuche Weidigs und Büchners, in Fortsetzung der Flugschriftenpropaganda mit dem „Leuchter und Beleuchter für Hessen“ und dem „Hessischen Landboten“ die Landbevölkerung zu revolutionieren, führten jedoch nach einem Verrat 1835 zu Weidigs Verhaftung und schließlich zur Zerschlagung der oberhessischen Opposition. Als Weidig am 23. Februar 1837 im Gefängnis in Darmstadt Selbstmord beging, verlor die hessische politische Opposition eine ihrer zentralen Persönlichkeiten.⁶⁴

5. Die politische Opposition im Vorfeld der Revolution von 1848/49

Es dauerte fast ein Jahrzehnt, bis sich politische Organisationen neu formieren konnten. Eine wichtige Rolle spielten zunächst die Gesangsvereine, die durch die Pflege deutschen Liedguts dem Herderschen Verständnis von Sprache und Kultur als Ausdruck der „Nationalität“ verpflichtet waren.⁶⁵ Die Gesangsvereine breiteten sich rasch bis in kleine Orte aus, wobei an Seminaren ausgebildete Volksschullehrer als Chorleiter eine maßgebliche Rolle spielten. Die Sänger knüpften durch Sängerbefest früh überregionale Kontakte und schlossen sich zu Sängerbänden zusammen. In der Rhein-Main-Taunus-Region gründeten preußische, nassauische und hessische Gesangsvereine schon 1844 den Ländergrenzen übergreifenden Lahntalsängerbund. Nicht alle Gesangsvereine verfolgten politische Ziele, doch vielen Vereinsvorständen gehörten führende Liberale an. So saß neben anderen prominenten Liberalen der spätere Abgeordnete der Nationalversammlung Friedrich Schulz 1847 beim dritten Sängerbundfest in Weilburg im Festausschuss.⁶⁶

Noch wichtiger für die liberal-demokratische Bewegung waren die Turnvereine, deren Mitgliedschaft in der Regel jünger und stärker politisiert war. Noch waren die Turnvereine allerdings in vielen Staaten des Deutschen Bundes verboten, und erst allmählich zeichnete sich ein Wandel ab. Den Anfang mach-

63 Vgl. Thomas Michael Mayer: Die „Gesellschaft der Menschenrechte“ und „Der Hessische Landbote“, in: Georg Büchner: 1813-1837. Revolutionär, Dichter, Wissenschaftler (Katalog), Basel/ Frankfurt a. M. 1987, S. 168-186; Eckhart G. Franz: Das „Brunnenvergifterhandwerk“ oder die „revolutionäre Bearbeitung des Volkes“, in: Ebd., S. 187-193; Kurt Immelt: Der „Hessische Landbote“ und seine Bedeutung für die revolutionäre Bewegung des Vormärz im Großherzogtum Hessen-Darmstadt, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins N.F. 52 (1967), S. 13-77, hier S. 41 f.

64 Vgl. Wolf/ Reiter (wie Anm. 26); Mihm (wie Anm. 26); Braun, Weidig (wie Anm. 26).

65 Zur Sängerbewegung im Vormärz vgl. Dietmar Klenke: Der singende „deutsche Mann“. Gesangsvereine und deutsches Nationalbewußtsein von Napoleon bis Hitler, Münster 1998; Dieter Langewiesche: Die schwäbische Sängerbewegung in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts – ein Beitrag zur kulturellen Nationsbildung, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 52 (1993), S. 257-301; Sebastian Nickel: Männerchorgesang und bürgerliche Bewegung 1815-1848 in Mitteldeutschland Weimar/ Wien 2013.

66 Vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 39 f.

te Frankfurt, wo sich 1833 ein Verein unter Leitung von August Ravenstein bilden konnte, der sich mit dem aus Schülern bestehenden „Clässer Turnverein“ zusammenschloss. 1838 gründete Ravenstein eine Turnanstalt, die auch weibliche Schülerinnen aufnahm. Elf Jahre später turnten bereits 38 Mädchen in der Frankfurter Turnanstalt.⁶⁷ In Hanau bildete sich vermutlich schon 1835 eine Turngemeinde, die seit 1841 unter der Leitung des deutlich radikaleren späteren Freischaren-Führers August Schärttner stand.⁶⁸ Auffallend war wie schon bei der Sängerbewegung die Bedeutung von höheren Schulen und Seminaren für die Entstehung von Turnvereinen. Darüber hinaus sorgten auch wandernde Handwerksgesellen für die Verbreitung des Turnwesens. Zu Beginn der 1840er Jahre wurde in Nassau und Hessen-Darmstadt das Verbot von Turnvereinen gelockert, wobei diese allerdings einer strengen behördlichen Aufsicht unterlagen und ihnen jede politische Betätigung untersagt war. Dessen ungeachtet entstanden innerhalb weniger Jahre bis 1848 insgesamt 21 Vereine in Nassau und mindestens 17 Vereine in Hessen-Darmstadt, einer in Homburg und einer im preußischen Wetzlar. Selbst in einer kleinen Gemeinde wie Anspach bestand ein Turnverein.⁶⁹

Sehr früh wurden Turnfeste organisiert, 1841 in Frankfurt, in den folgenden Jahren in Mainz und Hanau. Nach dem Vorbild des bereits erwähnten Nationalfestes vom Oktober 1814 wurde am 25. Juni 1843 auf dem Großen Feldberg im Taunus das erste Feldbergfest gefeiert, das nun jedes Jahr begangen wurde. So fand am 23. Juni 1844 unter Anwesenheit von tausenden Besuchern nach Gesängen und Ansprachen ein Schauturnen statt.⁷⁰ Als unmittelbare Folge der Feldbergfeste kam es zu weiteren Turnvereinsgründungen in kleineren Städten, beispielsweise in Idstein, Dillenburg und Usingen.⁷¹ Turnfahrten und Turnfeste dienten so der Ausbreitung der Turnvereine, der Festigung des Zusammenhalts der Turnbewegung über die Landesgrenzen hinweg und einer

67 Zu August Ravenstein (1809-1881) vgl. Peter H. Meurer: Ravenstein, in: NDB, Bd. 21, Berlin 2003, S. 221 f.; zum Frauenturnen vgl. Gertrud Pfister: 1848 und die Anfänge des Mädchen- und Frauenturnens, in: Deutsches Turnen (1981), H. 1, S. 8-10; H. 2, S. 29-30; H. 3, S. 47-49.

68 Zur Gründung des Hanauer Turnvereins vgl. Müller, Weidig (wie Anm. 26), S. 520ff., für Hinweise danke ich Dr. Dieter Wolf, Butzbach. Der Verein hat sich bald wieder aufgelöst und ist 1837 wiedergegründet worden, vgl. Alfred Tapp: Hanau im Vormärz und in der Revolution von 1848-1849. Ein Beitrag zur Geschichte des Kurfürstentums Hessen, Hanau 1976, S. 230 f.

69 HHStA Wiesbaden 211/7985; vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 40; Bernd-Michael Neese: Die Turnbewegung im Herzogtum Nassau in den Jahren 1844-1852, Bd. 1, Wiesbaden 2002, passim.

70 Zum ersten Turnfest auf dem Feldberg 1843 vgl. Tapp (wie Anm. 68), S. 231; häufig wird das 1844 nachfolgende Fest als Beginn angegeben, vgl. Harald Braun: Geschichte des Turnens in Rheinhessen. Ein Beitrag zur wechselseitigen Beeinflussung von Politik und Turnen, Bd. 1: 1811-1850, Alzey 1986, S. 31 f.; Neese (wie Anm. 69), S. 36 f.

71 Vgl. Neese (wie Anm. 69), S. 208 f., 280 f., 335 u. 679.

Vernetzung und Verbindung der Turnerschaft im gesamten süd- und westdeutschen Raum.

Vom 31. Juli bis 2. August 1847 fand in Frankfurt ein nationales Turnfest statt, an dem etwa 750 Turner teilnahmen und 137 Turnvereine aus vielen Teilen Deutschlands vertreten waren.⁷² Damit wurde zugleich die Stärke der Turnvereinsregion im nationalen Kontext demonstriert. Auf dem Frankfurter Turntag wurden bereits Pläne zur Schaffung eines organisatorischen Zusammenschlusses der Turnvereine auf nationaler Ebene zu einer allgemeinen deutschen Turnerschaft erörtert, aber möglicherweise nicht weiterverfolgt, um die ohnehin beunruhigten Regierungen nicht noch mehr zu provozieren.⁷³ Neben den Turnfesten und Turnfahrten trafen sich Delegierte von südwestdeutschen, hessischen und nassauischen Turnvereinen im Vorfeld der Revolution von 1848 zunehmend zu Versammlungen, bei denen politische Fragen erörtert wurden, so beispielsweise am 7. November 1847 in Bergen bei Frankfurt und am 9. Januar 1848 im nassauischen Hattersheim. Dabei wurde deutlich, dass eine breite politische Radikalisierung die Turnbewegung erfasst hatte.

Die überregionale Vernetzung, die bei den Turnvereinen deutlich wurde, war kennzeichnend für die politische Opposition der 1840er Jahre insgesamt. Auch die liberalen Politiker und Führungspersonlichkeiten der südwestdeutschen und hessischen Staaten sowie des preußischen Rheinlandes pflegten enge Verbindungen, wie schon seit 1835 die Zusammenkünfte auf dem Weingut des badischen Landtagsabgeordneten von Itzstein im nassauischen Hallgarten und nicht zuletzt die Heppenheimer Versammlung liberaler Abgeordneter von 1847 belegen, wo Abgeordnete aus Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Preußen und Württemberg Wege zur Schaffung eines deutschen Nationalstaats und einer Nationalvertretung erörterten.⁷⁴

Die liberal-demokratische Bewegung hatte darüber hinaus eine nicht zu unterschätzende religiöse Komponente. Dies zeigte sich an der Affinität zu religiösen Bewegungen wie den Deutschkatholiken, Lichtfreunden und anderen Freireligiösen, die wiederum nationale und liberale Zielsetzungen verfolgten. Die Agitationsreise von Johannes Ronge in den Jahren 1845/46 nach Süddeutschland führte zu ungeheuren Menschaufläufen und einer Welle von

72 Vgl. Düding (wie Anm. 35), S. 238; Neese (wie Anm. 69), S. 33ff.

73 Vgl. Düding (wie Anm. 35), S. 247 f. u. 297ff.; Wolfram Siemann: „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“. Die Anfänge der politischen Polizei 1806-1866, Tübingen 1985, S. 110 f.; Wettengel (wie Anm. 9), S. 41.

74 Vgl. Birgit Bublies-Godau: Johann Adam von Itzstein (1775-1855), in: Walter Schmidt (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3, Berlin 2010, S. 303-357; Roland Hoede: Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847, Frankfurt 1997; Dieter Hein: Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus. Die Heppenheimer Versammlung, in: JzLF 10 (1998), S. 9-31; Hans-Peter Becht: Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution, Düsseldorf 2009, S. 438, 460 f., 589ff.

Gründungen deutschkatholischer Gemeinden. So traf sich Ronge beispielsweise 1845 in Wiesbaden mit dem Wortführer der nassauischen Liberalen, August Hergenhahn, was Max von Gagern zu der Bemerkung veranlasste, die Deutschkatholiken seien in politischer Hinsicht für den Herzog gefährlicher als in religiöser für die katholische Kirche.⁷⁵ Auch der Vorstand der Wiesbadener Gemeinde, Bernhard May, war ein bekannter Liberaler.

Religiöse Reformen gehörten auch zu den Zielen des 1845 in Frankfurt gegründeten Vereins mit dem harmlos klingenden Namen Montagskränzchen. Sein Vorsitzender, der Lehrer Nikolaus Hadermann, betonte 1846, „der Verein sei bestimmt eine Versammlung wahrer Reformfreunde aus allen Confessionen und Religionsparteien zu sein, welche sich daselbst zu gemeinsamer Besprechung, gemeinsamem Ideenaustausch zusammenfänden, und Alles zu vermeiden hätten, was über diese Grenze hinausgehe“.⁷⁶ Mit diesen Worten wollte Hadermann einem Verbot des Montagskränzchens vorbeugen, da jede politische Betätigung von Vereinen verboten war. Doch allein schon die Tatsache, dass dies der erste gesellige Verein Frankfurts war, der Juden als gleichberechtigte Mitglieder aufnahm, besaß politische Sprengkraft. Auch die Polizeibehörden mutmaßten, dass das Montagskränzchen unter dem Deckmantel der Geselligkeit eine Organisation der liberal-demokratischen Opposition war. Tatsächlich sollte das Montagskränzchen nach Ausbruch der Revolution von 1848 in einen offen politischen Verein umgewandelt werden.⁷⁷ Wie das Montagskränzchen in Frankfurt, so entstanden in mehreren Städten kryptopolitische gesellige Vereine, in denen sich liberale Protagonisten zusammenfanden; nachgewiesen ist dies beispielsweise für die Mittwochsgesellschaft in Wiesbaden. Etwa 1846/47 als literarisches Kränzchen gegründet, versammelte sich in ihr die liberale Führungsgruppe um den späteren Märzminister Hergenhahn.⁷⁸ In Friedberg wahrten die Mitglieder des 1847 verbotenen Turnvereins ihren Zusammenhalt in dem Bürgerverein Harmonie, bis die Revolution eine Neugründung ermöglichte.⁷⁹

Die Verbote von einzelnen Vereinen liefen somit ins Leere. Außerdem handelten die Regierungen uneinheitlich: Während in Hessen-Darmstadt die Turnvereine im Juni 1847 und in Frankfurt im Januar 1848 verboten wurden, durften

75 Vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 43. Deutschkatholische und freie Gemeinden entstanden u. a. noch in Marburg, Hanau, Diez, Freiendiez, Idstein und Hachenburg, vgl. Sylvia Paletschek: Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841-1852, Göttingen 1990, S. 44-55, 79 u. 281, Anm. 13; vgl. allgemein Friedrich W. Graf: Die Politisierung des religiösen Bewußtseins. Die bürgerlichen Religionsparteien im deutschen Vormärz, Stuttgart 1978.

76 Anonym: Staat und Stadt Frankfurt, in: Die Gegenwart 5, Leipzig 1850, S. 371-415, hier S. 378; vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 43; Roth (wie Anm. 2), S. 408.

77 Vgl. Wettengel (wie Anm. 9), S. 107.

78 Vgl. ebd., S. 44.

79 Vgl. ebd., S. 42.

sie in Nassau fortbestehen.⁸⁰ Wie explosiv die Stimmung zu diesem Zeitpunkt bereits war, belegen Spitzelberichte der Polizei über eine Versammlung von Turnern in einem Gasthaus im nassauischen Hattersheim am 9. Januar 1848, bei der vor 300 bis 400 Zuschauern offen zum gewaltsamen Umsturz aufgerufen wurde.⁸¹ Der Mannheimer Turner und Student Carl Blind, der den Vorsitz innehatte,⁸² umriss in seinem Eröffnungsvortrag die Ziele der Turner: „Unser Zweck [...] ist die Revolution im weitesten Sinne. Jeder Turner ist ein Revolutionair [...]. Unser Bestreben muß seyn, das Volk allmählig aufzuwiegeln, die Fürsten, unsere Tyrannen, zu verjagen und Alles anzuwenden, um die Freiheit Deutschlands zu begründen.“ Er führte weiter aus: „Wir müssen alles thun um die Revolution zu befördern, ja dahin trachten, daß solche Vereine oft und viel aufgelöst werden, das steigert die Erbitterung des Volkes auf's Höchste. Vor Allem müssen wir uns an das Proletariat, an die Handwerksgehlen namentlich anschließen.“⁸³ Besonders radikal gab sich der Hanauer Turner Gottfried Una: „Auf Niemand müsse Rücksicht genommen werden, nicht auf Stand, Alter und Geschlecht. Vorerst müsse man die Köpfe der Tirannen holen, dieser Blutsauger, und deshalb keinen Unterschied machen, ob für den Einen oder den Andern noch dieses oder jenes spreche, [...]“⁸⁴

Erstaunlich war vor allem der öffentliche Charakter der Hattersheimer Versammlung. So wurde ausdrücklich auch Nicht-Turnern die Teilnahme gestattet, darunter auch vielen Ortsansässigen.⁸⁵ Geradezu provokant und herausfordernd erscheint das Auftreten der Wortführer der Versammlung, die in nächster Nähe des Sitzes des Bundestages und von Bundestruppen stattfand. Ganz offen wurde zur Tat, zur offenen Revolution aufgerufen.⁸⁶ Sieben Wo-

80 Vgl. ebd., S. 41.

81 Vgl. Michael Wettengel: Turnvereine und ihr Verhältnis zu demokratischen Vereinen und zur Arbeiterbewegung im Rhein-Main-Raum 1848/49, in: Lothar Wieser/Peter Wanner (Hrsg.): Adolf Cluss und die Turnbewegung. Vom Heilbronner Turnfest 1846 ins amerikanische Exil, Heilbronn 2007, S. 31–44, hier S. 31 f.; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK) Berlin 2.4.1. I Nr. 8252, Bl. 239: an 300; 2.4.1. I Nr. 8252, Bl. 224: beiläufig 400, abgedr. bei Neese (wie Anm. 69), S. 498 f.; Generallandesarchiv (GLA) Karlsruhe 236/8491, Bl. 7: ca. 300.

82 Zu Carl Blind (1826–1907) vgl. Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck (Hrsg.): Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49, Ubstadt-Weiher 1998, S. 89ff.; Rudolf Muhs: Karl Blind: Ein Talent in der Wichtigmacherei, in: Sabine Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger: Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998, S. 81–98; zum Turnverein Mannheim vgl. Lothar Wieser: 150 Jahre Turn- und Sportverein Mannheim von 1846 e.V., Mannheim 1996.

83 GStA PK Berlin 2.4.1. I Nr. 8252, Bl. 239ff., abgedr. bei Neese (wie Anm. 69), S. 499 f.; vgl. auch GStA PK Berlin 2.4.1. I Nr. 8252, Bl. 224 f.; GLA Karlsruhe 236/8491, Bl. 7–23; 48/1802, Bl. 50–53; Hessisches Staatsarchiv Darmstadt Abt. C 1 (Hs.), Nr. 189/10 (Lorenz Nover: Promemoria über die politisch-revolutionären Verbindungen in den Jahren 1816 bis 1852), Bl. 61–64.

84 GLA Karlsruhe 236/8491, Bl. 9 f.

85 Vgl. Düding (wie Anm. 35), S. 295 f.

86 GLA Karlsruhe 236/8491, Bl. 8.

chen später begann die Revolution in Deutschland, und es ist nach diesen Vorgängen zu fragen, ob diese vielleicht nicht auch ohne den revolutionären Impuls aus Paris ausgebrochen wäre. Die Hattersheimer Zusammenkunft war jedoch nicht nur Ausdruck einer zunehmenden Radikalisierung, sie belegte darüber hinaus die Konflikte innerhalb der politischen Opposition. Hier deuteten sich bereits die späteren Auseinandersetzungen zwischen gemäßigten Liberalen und radikalen Republikanern in der Revolutionszeit an.⁸⁷

6. Resümee

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in der Rhein-Main-Taunus-Region zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein differenziertes Vereinswesen vorhanden war, das bereits auch kleine Landstädte wie Butzbach, Idstein und Usingen erreichte. Dies hing zu diesem frühen Zeitpunkt im Wesentlichen von den jeweiligen lokalen Gegebenheiten und von einflussreichen Einzelpersonlichkeiten ab. Die generelle Entwicklung des Vereinswesens ging dagegen maßgeblich vom Bürgertum in den größeren Städten aus, hier vor allem von Frankfurt, das als ein Zentrum für die Entstehung neuer Formen der Vergesellschaftung und der Herausbildung der modernen Bürgergesellschaft gelten darf. Politische Vereine wurden in der Rhein-Main-Taunus-Region ungewöhnlich früh, schon zu Beginn des Betrachtungszeitraums gegründet. Diese Vereine sind durchweg der frühen Nationalbewegung zuzurechnen und dienten vor allem der Verbreitung ihrer politischen Auffassungen und Ziele. Die Nationalbewegung besaß in der Region eine bemerkenswert breite und aktive Unterstützung in bürgerlichen Kreisen, was sicherlich auf die politische Situation der Jahre 1813/14 in den hessischen Staaten und in Nassau sowie den Einfluss von Protagonisten wie Arndt und dem Freiherrn vom Stein zurückzuführen war. In den Deutschen Vereinen und frühen Turnvereinen konnte sich eine politische Opposition formieren, deren Ziele nicht mehr nur auf die Errichtung eines deutschen Nationalstaats beschränkt blieben, sondern auch verfassungsmäßig garantierte Freiheits- und Mitwirkungsrechte einschlossen.

Der Erfolg der Behörden bei der Zerschlagung der politischen Vereine in der Region war einerseits eine Folge der massiven Unterdrückungsmaßnahmen der deutschen Einzelstaaten und des Deutschen Bundes. Andererseits waren diese vor allem auch deshalb wirksam, weil die Mitgliedschaft der frühen Vereine weitgehend auf eine schmale Schicht von meist jugendlichen Intellektuellen, Bürgern und Beamten begrenzt blieb. Führungspersönlichkeiten wie Weidig und die Brüder Snell spielten in ihnen eine herausragende Rolle. Die Ausschaltung der Wortführer, die in der Regel verhaftet oder zur Emigra-

⁸⁷ Vgl. Wettengel (wie Anm. 81), S. 31 f.

tion gezwungen wurden, vermochte in dieser Phase noch die oppositionellen Kräfte nachhaltig zu schwächen.

Der kurze Abriss zeigt, dass das Vereinswesen die Grundlage für die Organisation der liberal-demokratischen Opposition im Vormärz bildete. Dieses diente als erfolgreiche organisatorische Struktur, politisches Erfahrungs- und Übungsfeld, Rekrutierungsreservoir, Mobilisierungsinstrument, als Forum für den politischen Meinungsaustausch sowie für die Propagierung und Verbreitung der politischen Ziele der Opposition in den Gemeinden. Der Weg in den politischen Untergrund und in Geheimbünde, den die Opposition nach 1832 infolge der staatlichen Repression beschritt, erwies sich dagegen als ein Irrweg, der in einem Fiasko endete.

Zu Beginn der 1840er Jahre trat erneut eine oppositionelle Bewegung in Vereinen auf, die aber nun sozial breiter aufgestellt war. Ein Gemeindeliberalismus⁸⁸ bildete sich heraus, der in den Kommunen fest verankert war. Die liberal-demokratische Bewegung besaß in den 1840er Jahren in unterschiedlichsten Vereinen, kommunalen Gremien, regelmäßigen Zusammenkünften und Festveranstaltungen eine feste und breite Basis. Zudem fanden sich die Anhänger der liberal-demokratischen Opposition nicht nur im Bürgertum und bei Gebildeten, sondern auch in unterbürgerlichen Schichten sowie zunehmend in der Landbevölkerung. Das Vereinswesen war generell in der Region schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr auf die bürgerliche Gesellschaft und auf die Städte beschränkt.

Gegen die neue Qualität der Bewegung griffen die bisherigen Mechanismen staatlicher Repression nicht mehr, auch Vereinsverbote erwiesen sich als wirkungslos. Bei den hessen-darmstädtischen Landtagswahlen im Herbst 1847 führte die liberal-demokratische Opposition bereits einen organisierten Wahlkampf, der trotz aller Beeinflussungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Behörden zu einem großen Wahlerfolg der liberalen Kandidaten führte.⁸⁹

Es war daher für die Entwicklung des Vereinswesens in der Rhein-Main-Taunus-Region von nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass es hier Staaten mit Verfassungen gab. Trotz aller Einschränkungen boten die Landtage in Darmstadt und Wiesbaden doch Handlungsmöglichkeiten und eine parlamentarische Öffentlichkeit für Abgeordnete,⁹⁰ die wiederum über die Vereine Verbindungen zu ihrer Wählerschaft in den Gemeinden aufnehmen konnten. Was

88 Vgl. Paul Nolte: Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831-1855, in: HZ 252 (1991), S. 57-93.

89 Vgl. z.B. die Darstellung des Gießener Studenten Fendt über die Wahlkampf-Agitation in Oberhessen, Rudolf Fendt: Von 1846 bis 1853. Erinnerungen aus Verlauf und Folgen einer akademischen und politischen Revolution, Darmstadt 1875, S. 69-73.

90 Vgl. u. a. Volker Eichler (Bearb.): Nassauische Parlamentsdebatten. Restauration und Vormärz 1818-1847, Wiesbaden 1985; Eckhart G. Franz/ Peter Fleck (Hrsg. u. Bearb.): Der Landtag des Großherzogtums Hessen, 1820-1848. Reden aus den parlamentarischen Reform-Debatten des Vormärz, Darmstadt 1998.

im Vormärz nur in Ansätzen möglich war, konnte sich nach dem Ausbruch der Revolution von 1848/49 in aller Breite durchsetzen. Es begann die Entstehung und Ausdifferenzierung von offen auftretenden politischen Vereinen, die sich nun auch regional und überregional zusammenschlossen sowie feste Verbindungen zwischen den Abgeordneten in den Parlamenten und dem Vereinswesen vor Ort bildeten.⁹¹

91 Vgl. u. a. Michael Wettengel: Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848, in: Dieter Dowe/ Heinz-Gerhard Haupt/ Dieter Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 701-738.

